

MUSTERREDE

Für eine Politik der Erneuerung

Gemeinsam meistern wir die Krise

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 sein Programm für eine Politik der Erneuerung vorgelegt. Es zeigt den Weg auf, wie unser Land aus der schwersten wirtschafts- und sozialpolitischen Krise nach dem Krieg wieder herausgeführt werden kann. Mit diesem Programm wird sich die neue Regierung der Mitte am 6. März 1983 der Entscheidung des Wählers stellen.

Die Legende vom „Verrat“ in Bonn

(Vgl. hierzu die Broschüre „Die SPD als Regierungspartei — Eine Schlußbilanz“. Bestellnummer 5352)

Falschspieler Seit dem Regierungswechsel in Bonn ziehen Sozialdemokraten durchs Land und versuchen in der Manier von Falschspielern, durch eine neue Dolchstoßlegende die wahren Ursachen für ihr Scheitern als Regierungspartei zu vertuschen. Keine Unterstellung ist ihnen zu primitiv, keine Verdrehung zu schäbig, wenn es darum geht, den Wählern die These vom „Verrat in Bonn“ (Wehner) aufzuschwätzen.

Da wird die verfassungsmäßige Entscheidung frei gewählter Abgeordneter als undemokratisch, unmoralisch, als listige Machterschleichung verleumdet.

Da steht in einem offiziösen SPD-Pressedienst am Tag der Kanzlerwahl doch tatsächlich dieser ungeheuerliche Satz zu lesen: „Die neue Regierung kriecht aus einem Sumpf von Lüge, Wortbruch, Wählerbetrug und kaltschnäuzigem Zynismus an die Macht.“

Demokratieverständnis der SPD?

Wer so redet und verleumdet, verrät ein gestörtes Verhältnis der SPD zur Demokratie und zur Verfassung. Die Wahrheit ist: Die Regierung Schmidt ist gescheitert

- wegen der Spaltung der SPD in einen traditionellen, einen neomarxistischen und einen rot-grünen neutralistischen Flügel,
- wegen der Illoyalität innerhalb der Führung der SPD, z. B. Brandt und Eppler gegen Schmidt,
- wegen der geistigen Verwirrung innerhalb der SPD in der Frage der Friedensbewegung, der Ökologie, der Marktwirtschaft und des Rechtsstaates,
- wegen der Unfähigkeit, mit der Staatsverschuldung, der wirtschaftlichen Krise und der Gefährdung des sozialen Netzes fertig zu werden.

Trauriges Erbe

Die Hinterlassenschaft der SPD ist erschreckend. Was uns von 13 Jahren SPD-Regierung bleibt, sind Massenarbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, sind Abertausende von Firmenpleiten jedes Jahr:

Heute sind rund zwei Millionen Menschen arbeitslos, darunter sind fast 200 000 Jugendliche!

Heute machen täglich zwischen 40 und 50 Firmen pleite, über 15 000 müssen in diesem Jahr Konkurs anmelden.

Heute macht die öffentliche Hand an jedem Tag — 365 Tage im Jahr — über 200 Millionen zusätzliche Schulden. Und das reicht kaum noch aus, die Zinsen für die alten Schulden zu begleichen.

SPD-Betrug

So ist die Lage. Das sind die Folgen sozialdemokratischen Versagens. Das sind auch die wahren Gründe für das Scheitern der SPD in der Regierung. Und da wagt es die SPD doch tatsächlich, von Verrat und Wortbruch, von Lüge und Wählerbetrug zu tönen! Wer ist denn hier betrogen worden?

Doch wohl jene SPD-Wähler, die der Parole „sichere Arbeitsplätze“ aufgesessen sind und dafür Massenarbeitslosigkeit bekommen.

Doch wohl jene SPD-Wähler, die dem Gerede vom „stocksoliden“ Staatshaushalt auf den Leim gegangen sind und dafür heute mit umgerechnet 5 000 Mark pro Kopf in der Kreide stehen.

Das verdanken wir der SPD, die jetzt fieberhaft versucht, links von der Mitte ein grün-rotes Bündnis zu stricken.

Politik der Erneuerung

Dem stellen wir unsere Politik der Mitte entgegen, eine Politik der Erneuerung, mit der wir die Krise meistern können. Nicht von heute auf morgen — das sei gleich hinzugefügt. Denn niemand kann kurzfristig die Massenarbeitslosigkeit oder die Staatsverschuldung eindämmen, niemand kann über Nacht die blühende Wirtschaft wiederherzaubern, die eine SPD-Regierung vor dreizehn Jahren vorgefunden hat.

Damals hat die SPD ein wohlgeordnetes Haus übernommen, heute ist dieses Haus Bundesrepublik Deutschland von Grund auf renovierungsbedürftig. Wir fangen damit an. Mit seinem Dringlichkeitsprogramm hat Bundeskanzler Helmut Kohl die ersten Schritte eingeleitet. Damit wir es auch wirklich packen, müssen alle mitmachen. Dann werden wir neue Zuversicht wecken und schließlich auch die Krise meistern.

Das Dringlichkeitsprogramm der Regierung Helmut Kohl

Das Dringlichkeitsprogramm der Regierung Helmut Kohl konzentriert sich auf vier Schwerpunkte:

- 1. Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen**
- 2. Wir wollen das soziale Netz sichern**
- 3. Wir wollen eine menschliche Ausländerpolitik verwirklichen**
- 4. Wir wollen die Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erneuern.**

In der Außenpolitik braucht unser Land einen neuen Anfang. Wir müssen uns jene Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit der Politik wieder erkämpfen, die durch das verantwortungslose Gerede der Sozialdemokraten von Brandt über Eppler bis Lafontaine schweren Schaden genommen hat. Wir werden die deutsche Außenpolitik wieder in jene Kontinuität bringen, die seit Konrad Adenauer das Ansehen der Deutschen in aller Welt begründete. In allererster Linie aber kommt es heute darauf an, die noch andauernde Talfahrt der Wirtschaft aufzuhalten. Nur dann kann es gelingen, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und unser soziales Netz zu sichern.

Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen

Investitionen fördern

Die Koalition der Mitte wird dafür sorgen, daß unsere Wirtschaft wieder auf Touren kommt. Nur neue Investitionen in den Betrieben beleben die Wirtschaft und machen sie wieder konkurrenzfähig. Wir dürfen nicht weiter das in der Vergangenheit erarbeitete Kapital aufzehren. Wir müssen vielmehr für unsere Zukunft investieren. Nur dann werden Millionen Arbeitslose wieder Arbeitsplätze haben.

Wir werden die Mehrwertsteuererhöhung so einsetzen, daß wir Bürger und Betriebe zur Stärkung der Investitions- und Innovationskraft steuerlich entlasten. Insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, die für Vollbeschäftigung und Wachstum einen unersetzlichen Beitrag leisten, muß durch wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen die Investitionskraft gestärkt werden.

Wohnungsbau

Die SPD hat zugelassen, daß der Wohnungsmarkt durch staatliche Eingriffe aus den Fugen geraten ist. So hat sich der Arbeitsmarkt im Baugewerbe dramatisch verschlechtert.

Nicht nur die Warteschlangen der Arbeitslosen, auch die langen Reihen der Wohnungssuchenden sind zum Skandal geworden. Die Koalition der Mitte wird daher dem Wohnungsbau durch unverzügliche Verbesserung der steuerlichen Förderung und Maßnahmen im Bereich des sozialen Mietwohnungsbau neue Impulse geben. Das gibt zusätzlich mindestens 50 000 Wohnungen im nächsten Jahr. Diese neuen Wohnungen schaffen 100 000 neue Arbeitsplätze und verhindern zugleich den Zusammenbruch weiterer Unternehmen.

Neue Technologien

In den zurückliegenden Jahren ist der technische Fortschritt in der Bundesrepublik Deutschland durch politische Fehlentscheidungen gebremst worden. Dadurch hat sich die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft in der Welt erheblich verschlechtert. Investitionen wurden verhindert und Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Ein klassisches Beispiel dieser Verhinderungspolitik ist der Verkabelungsstopp der SPD-geführten Bundesregierung im September 1979, mit dem die von der Bundespost bereits angekündigte Verkabelung von 11 Großstädten kurzerhand verboten wurde. Mit diesem Verbot würden bis zum Jahre 1985 über 50 000 Arbeitsplätze allein bei der Deutschen Bundespost gefährdet, von weiteren Arbeitsplätzen in der Zuliefererindustrie und beim Handwerk gar nicht zu reden.

Verkabelung

Darüber hinaus konnten durch die Verhinderung von Kohle- und Kernkraftwerken zahlreiche zusätzliche Arbeitsplätze nicht geschaffen werden. Hier sind weitere 100 000 bis 150 000 Arbeitsplätze gefährdet. Durch die Verzögerung von Genehmigungen im Kraftwerksbau entgehen unserer Volkswirtschaft arbeitsplatzschaffende Investitionen in Milliardenhöhe. Unsere Regierung sieht es als wichtige Aufgabe an, eine breite Übereinstimmung darüber herbeizuführen, daß Forschung und Entwicklung sowie der Einsatz moderner Technologien Grundvoraussetzungen für die Existenz unserer modernen Industriegesellschaft und damit die Schaffung und Erhaltung unserer Arbeitsplätze sind.

Energie- sicherung

Staats- haushalt

Die neue Regierung wird den Staatshaushalt in Ordnung bringen. Denn solide Finanzen sind die wichtigste Voraussetzung zur Belebung der Wirtschaft und damit zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Wir werden den Schuldenzuwachs beim Bund abbauen und dadurch die finanz- und beschäftigungs-politische Handlungsfähigkeit des Staates wiedergewinnen.

„Unser Ziel heißt:

Über geordnete Finanzen zurück zu einem geordneten Staat.

Insgesamt stellen wir die Weichen zur Erneuerung:

- *weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt;*
- *weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung;*
- *weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit.“*

Bundeskanzler Helmut Kohl

Wir wollen das soziale Netz sichern

Atempause

Unsere Politik der Erneuerung ist der einzige erfolgversprechende Weg, um die finanziellen Fundamente unseres sozialen Netzes zu festigen. Dafür müssen wir den Bürgern Opfer zumuten. Dafür brauchen wir ihre Bereitschaft zur Solidarität. Diese Solidarität verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik. Wem das Wasser über den Kopf gestiegen ist, der muß auch die Luft anhalten, um sich langsam wieder nach oben zu arbeiten. Und wer zu schnell gelaufen ist, der muß anhalten, um wieder Kräfte sammeln zu können. In dieser

Atempause werden wir das Sozialsystem stabilisieren. Wir brauchen die Bereitschaft aller zur Solidarität, denn das, was Rentnern, Sozialhilfeempfängern, Beamten und anderen durch die notwendige Verschiebung von Rentenanpassung und Besoldungserhöhung um ein halbes Jahr zugemutet wird, muß für alle gelten. Alle müssen bereit sein mitzuwirken, auch die Tarifpartner und die Selbständigen.

Konzentration der Leistungen

Ziel unserer Sozialpolitik ist es, die sozialen Leistungen auf die wirklich Hilfsbedürftigen zu konzentrieren. Zugleich müssen wir unser Sozialsystem vor Mißbräuchen schützen. Wer krankfeiert, ohne krank zu sein, handelt unsolidarisch. Wer einen Patienten krank schreibt, obwohl dieser gar nicht krank ist, beteiligt sich an der Ausbeutung unseres Versicherungssystems. Deshalb muß die Stellung des Vertrauensarztes gestärkt werden. Bußgelder für Gefälligkeitskrankschreibungen sollen eingeführt werden.

Leistung und Gegenleistung

Wir halten es für gerecht, den Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung wieder stärker herauszustellen. Dazu gehört, daß wir die Beitragsbezogenheit der Rente erhalten. Die Rente unserer älteren Mitbürger ist ein durch geleistete Arbeit erworbener Anspruch und kein staatliches Almosen. In der Arbeitslosenversicherung sollen Leistungen mehr als bisher nach der Dauer der Beitragszahlung gestaffelt werden. Wir kürzen das Arbeitslosengeld nicht, aber wir sagen: Es bekommt einer um so länger Arbeitslosengeld, je länger er Arbeitslosenbeiträge gezahlt hat. Wer nur drei Jahre Beiträge gezahlt hat, kann nicht genausolange Arbeitslosengeld bekommen wie der, der 40 Jahre Beiträge geleistet hat und dann durch eine Finanzpleite arbeitslos wird.

Kindergeld

Auch eine pauschale Kürzung des Kindergeldes ist mit uns nicht zu machen, das wäre eine Politik mit der Heckenschere. In einer Zeit knapper Kassen ist es jedoch ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, daß Eltern mit höherem Einkommen weniger Kindergeld erhalten. Wir verlangen die notwendigen Opfer

nicht von den Einkommensschwachen, sondern von denen, die diese Opfer leichter tragen können. Wer will denn behaupten, es sei ein Abbau an Sozialstaatlichkeit, wenn jemand, der mehr als 5 000 DM monatlich verdient, jetzt 30 DM weniger Kindergeld für das zweite Kind erhält? Diese Einkommensgrenze wächst mit der Kinderzahl, so daß hier nicht eine harte, sondern eine überführende, weiche Kindergeldgrenze eingeführt ist.

Familien-Splitting

Gleichzeitig wird zum 1. Januar 1984 das bisherige reine Ehegatten-Splitting in ein Familien-Splitting umgewandelt. Dies ist eine bahnbrechende steuerpolitische Einsicht. In Zukunft werden wir das Einkommen also nach der Zahl der Köpfe, die davon leben müssen, versteuern.

Vermögensbildung

Zu unseren Grundvorstellungen gehört auch die Beteiligung breiter Schichten an der notwendigen Vermögensbildung in der Wirtschaft. Bei der SPD gab es hier in den letzten Jahren nur leere Versprechungen und Tatenlosigkeit. Die neue Koalition der Mitte wird nach der Bundestagswahl im März einen Gesetzentwurf zur Förderung der breitgestreuten Vermögensbildung vorlegen.

Wir beginnen unsere Regierungszeit nicht mit Geschenken. Aber Opfer, die einen neuen Anfang ermöglichen, sind besser als Geschenke, die zu weiterem Niedergang führen.

„Wir werden den Sozialstaat erhalten, indem wir seine wirtschaftlichen Fundamente festigen.“

Bundeskanzler Helmut Kohl

Wir wollen eine menschliche Ausländerpolitik verwirklichen

Menschliche Ausländerpolitik

Die neue Bundesregierung wird dafür sorgen, daß der soziale Friede zwischen Deutschen und Ausländern eine stabile Grundlage erhält. Nur so ist eine menschliche Ausländerpolitik, wie sie Bundeskanzler Helmut Kohl anstrebt und wie sie dem christlichen Menschenbild der CDU entspricht, auch durchsetzbar.

Wir müssen die bei uns lebenden ausländischen Mitbürger menschlich behandeln. Das schließt aus, daß wir sie je nach Konjunkturlage beliebig in unser Land hereinholen und wieder hinauswerfen nach dem Motto: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Die Fehler und Versäumnisse der alten Bundesregierung können nicht auf dem Rücken der ausländischen Arbeitnehmer ausgebügelt werden.

Die Behauptung, man brauche nur die Gastarbeiter nach Hause zurückzuschicken, um allen Deutschen wieder zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen, ist ein Trugschluß. Es gibt eine Reihe von Industriezweigen, wie z. B. die Automobilindustrie — hier erreicht der Ausländeranteil unter den Lohnempfängern zum Teil 35 % —, die auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen sind. Diese Arbeitsplätze lassen sich trotz Massenarbeitslosigkeit nicht einfach durch die anders qualifizierten deutschen Arbeitnehmer besetzen. Auch sorgen ausländische Arbeitnehmer mit dafür, daß Waren auf dem Inlandsmarkt gekauft werden, damit die Konjunktur belebt wird und so Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Zuwanderung einschränken

Ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben von Ausländern und Deutschen ist nur möglich, wenn die Zahl der bei uns lebenden Ausländer nicht unkontrolliert weiterwächst wie bislang. Die neue Bundesregierung wird daher konkrete

Maßnahmen verabschieden, um die Zuwanderung von Ausländern wirksam einzuschränken. Unter anderem wird die Bundesregierung den Familiennachzug begrenzen, gerade auch im Interesse der Kinder, die einen Anspruch auf Familie haben. Auch wird die Bundesregierung sofort in Verhandlungen mit der Türkei eintreten mit dem Ziel, den Vertrag auszusetzen, der die Freizügigkeit des Arbeitsmarktes zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft für das Jahr 1986 vorsieht. Darüber hinaus wird die Bundesregierung alles tun, um den Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern. Dieser Mißbrauch muß unterbunden werden, denn 90 % der Asylbewerber kommen aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik Deutschland.

Rückkehrhilfen

Den Ausländern, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, wird die Bundesregierung die Rückkehr erleichtern. Diese Rückkehrhilfen sind das Gegenteil von einer „Zwangsheimführung“. Jeder Mensch hat das Recht, in seiner Heimat leben zu dürfen. Die Ausländer bei uns sollen frei entscheiden können, aber sie müssen sich auch entscheiden, ob sie in ihre Heimat zurückkehren oder ob sie bei uns bleiben wollen.

Integration als Angebot

Denjenigen Ausländern, die bei uns bleiben wollen, macht die Bundesregierung das Angebot der sozialen Eingliederung, d. h. der Integration in unsere Gesellschaft. Die Ausländer müssen aber auch bereit sein, sich integrieren zu lassen. Das bedeutet nicht, daß sie alle kulturellen Eigenarten aufgeben, es beinhaltet aber, daß sie sich auf ihre neue Heimat einstellen. Eine besondere Verantwortung trägt unsere Gesellschaft für die hier geborenen und hier aufwachsenden ausländischen Kinder und Jugendlichen.

Das Zusammenleben einer so großen Zahl von Menschen anderer Mentalität, Kultur und Religion mit uns Deutschen stellt uns alle vor schwierige Aufgaben. Sie erfordern Geduld und Toleranz, Realismus ebenso wie Mitmenschlichkeit.

Perspektiven unserer Politik

Neue Hoffnung

Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Regierung der Mitte haben mit ungeheurer Tatkraft innerhalb kürzester Zeit die notwendigen Schritte unternommen, damit aus der immer rascheren Talfahrt unseres Staates nicht zuletzt noch ein Absturz wird. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben neue Hoffnung, neue Zuversicht und neues Selbstvertrauen gewonnen. Zu Recht richten sie an unsere Politik der Erneuerung sehr hohe Erwartungen.

Geistig-politisches Klima formen

Eine solche Politik der Erneuerung beschränkt sich aber nicht nur auf bloßes Krisenmanagement. Das war der Stil der alten Bundesregierung. Politik muß mehr leisten, als Haushaltlöcher zu stopfen und Sozialleistungen gerecht zu verteilen. Politik muß auch vor allem das geistig-politische Klima in unserem Staat von innen her gestalten und formen. Ein Volk muß wissen, was die gemeinsamen Werte sind, auf denen das Zusammenleben beruht. Ein Volk muß wissen, welche solidarischen Pflichten für die staatliche Gemeinschaft zu übernehmen sind. Ein Staat, in dem nicht deutlich ist, welche Ziele und Leitbilder gültig sind, verkrustet in technokratischer Verwaltung des Alltäglichen, ohne dem Bürger eine Perspektive und eine begründete Hoffnung anzubieten.

Die CDU arbeitet für eine neue Gemeinsamkeit der politischen Mitte in Deutschland. Gegen unverantwortliche sozialistische Experimente setzt die CDU ihre Vorstellung von einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Verantwortungs-gesellschaft

Eine solche Gesellschaft kann nur Bestand haben, wenn die Menschen eine solche Gesellschaftsordnung innerlich bejahen und aktiv unterstützen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen sich selbst etwas zutrauen und nicht auf den Staat warten. Unser Leitbild ist die Verantwortungsgesellschaft, nicht die Anspruchsgesellschaft. Wir vertrauen auf den Bürger, der seine Zukunft in seine Hände nimmt. Eigen-

Jugend

verantwortung, Selbständigkeit, Zivilcourage und Leistungsbereitschaft: das sind die Eigenschaften, die wir auf dem Weg zu einer Erneuerung brauchen. Darum brauchen wir auch die kritische Phantasie und das Engagement der jungen Menschen in unserer Gesellschaft. Nicht jedes alternative Projekt kann schon als Modell der Zukunft gelten. Aber wir würden die Zukunft unserer Gesellschaft verspielen, wenn wir nicht bereit sind, die Alternativen junger Menschen ernsthaft und geduldig zu diskutieren. Wir fordern alle Bürger auf, mit uns am Aufbau einer menschlichen Gesellschaft mitzuarbeiten. Jeder muß seine Leistungskraft in den Dienst des Ganzen stellen. Wer Leistung verweigert, obwohl er leisten könnte, handelt unsozial. Er beutet seine Mitbürger aus, auf deren Kosten er zu leben versucht.

Solidarität

Der Weg aus der Krise kann nur gewonnen werden in gemeinsamer solidarischer Anstrengung. Wir stehen heute an einem Scheideweg. Entweder wir gehen weiter auf dem Weg in den wirtschaftlichen Bankrott — oder wir gewinnen unser Selbstvertrauen wieder, unsere Leistungsfähigkeit und unseren Mut, der sich zutraut, mit Schwierigkeiten fertigzuwerden. Gemeinsam werden wir die Krise meistern! Die CDU verfügt über die entscheidenden Voraussetzungen: ein vernünftiges Programm, verlässliche Politiker und eine vorausschauende Politik.